

(Kommentar) Wie Medienstaatsminister Wolfram Weimer den Diskurs verschiebt Mama, er hat schon wieder Mediazid gesagt! Von Steffen Grimberg (KNA)

Berlin (KNA) Recycling ist grundsätzlich eine sehr gute Sache. Und unter den aktuellen Mitgliedern der Bundesregierung ist Medienstaatsminister Wolfram Weimer wohl der begabteste Sekundärrohstoffhändler: Hier mal die olle Idee, man könne das ZDF doch eigentlich privatisieren, in den Ring geworfen.

Oder dort die ebenfalls sattem bekannte Verzweiflung über die erschrockene Fortexistenz der kleinen ARD-Anstalten im Saarland und in Bremen aufgefrischt und ihre Abschaffung als Vorschlag neu verkauft. Garniert mit der Idee des «Kleeblatts» aus vier großen ARD-Anstalten, die vor zehn Jahren noch als «Windrose» durch die medienpolitischen Fantasien vor allem bei CDU, CSU und FDP geisterte.

Keiner braucht Radio Bremen!

Zu dem erneuten Vorstoß in Sachen Saarland und Bremen beruft sich Weimer auf ungenannte Intendantinnen und Intendanten. Denen habe er, so der Medienstaatsminister bei seiner Rede hinter verschlossenen Türen bei der Rechtspolitischen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, mal gesagt: Mensch, wenn ihr frei gestalten könntet... - Und dann hätten die ihm alle geantwortet, wir brauchen kein Radio Bremen und auch keinen Saarländischen Rundfunk.

Das ist schon deshalb ein bisschen zweifelhaft, weil Yvette Gerner (RB) und Martin Grasmück (SR) die Angelegenheit belegbar anders sehen.

Die Masche ist nicht neu. Der Medienstaatsminister berichtet immer wieder gern, ihm hätten «Verleger» erzählt, sie

würden sich vor einem bevorstehenden «Mediazid» fürchten. Ich habe noch keine Verlegerin oder Verleger getroffen, die bei dieser Gruseldystopie am staatsministeriellen Lagerfeuer dabei waren. Aber auch am vergangenen Donnerstag malte ihn Weimer mal wieder an die Wand.

Mama, er hat schon wieder Mediazid gesagt, möchte man da rufen. Bloß: Warum macht der Mann das?

Schwurbelei und düsteren Prognosen

Weimers sattem bekannte und viel kritisierte Mischung aus Schwurbelei und düsteren Prognosen ist weder wertfrei noch unbeabsichtigt. Sein Auftritt bei der Adenauer-Stiftung lag ganz zufällig direkt vor dem Start der großen gemeinsamen Aktion «Demokratie braucht viele Stimmen», zu der sich eine noch nie dagewesene Zahl von Medienunternehmen, Branchenverbänden und Journalistenorganisationen zusammengeschlossen hat und so mehr Bewusstsein für die Rolle von glaubwürdiger Information und professionellem Journalismus für die Gesellschaft wecken will.

Weimer haut dagegen griffige Parolen - wie etwa ARD und ZDF seien das «Restfernsehen für Rentner» - raus und orakelt branchenübergreifend, Deutschland gehe in die «Jahre eines Mediazids. Medien werden sterben, und zwar massenhaft».

Da ihm aber neulich ein namentlich natürlich auch nicht genannter Vorstandsvorsitzender eines europäischen Medienkonzerns im Nachgang zur Sachsen-Anhalt-Wahl gesagt habe, die klas-

sischen Medien und der Journalismus seien komplett entmachtet und spielten keine Rolle mehr, wäre das ja auch egal.

Enter Peter Thiel

Wenn, wie man vermuten darf, es sich hierbei um Springer-Chef Mathias Döpfner handelte, ist das mehr als passend. Schließlich bekommt nächste Woche ein gewisser Peter Thiel den Axel-Springer-Preis. Für den deutschstämmigen Tech-Bro aus den USA ist die «Apokalypse das friedlichste Mittel, den Krieg der alten Mächte gegen das Internet zu beenden - einen Krieg, den das Internet gewonnen hat». Womit Thiel natürlich seine Big-Tech-Freunde meint, von denen sich mehrere schon vor ihm den Axel-Springer-Preis abholen durften.

Für Thiel stellen Organisationen wie die UNO offenbar den «Antichristen» dar, dem er sich mutig als «Katechon» in den Weg stellt. Also als jemand, der den Weltuntergang wenigstens ein bisschen hinauszögert. Dummerweise fällt Thiel als «Aufhalter» des Weimer«schen Mediazids aber komplett aus, denn für den PayPal-Erfinder gehören die klassischen Medien und kritischer Journalismus auch eher mal in die Kategorie Antichrist.

Umgekehrt wird vielmehr ein Schuh draus: Denn mit seinen als Vorschläge und Ideen getarnten, gezielten Angriffen wie mit der »Festrede« bei der Adenauer-Stiftung erweitert Weimer den Diskursrahmen in Thiel«sche Dimensionen.

Unruhe und Unsicherheit

Damit sorgt er gezielt für Unruhe und Unsicherheit zur Unzeit, wie es Hamburgs Mediensensor Carsten Brosda (SPD) auf den Punkt brachte: «Wenige Tage nach der Wahl in Sachsen-Anhalt hätte ich mir Vorschläge gewünscht, wie wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor den Angriffen von Rechtspopulisten schützen. Das ist es, was unsere Demokratie jetzt braucht,

und keine Vorschläge, die zusätzlich die Axt an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk legen», so Brosda.

Hinter Weimers vermeintlichem «Mal einen raushauen» steckt eine klare Strategie. Und Weimer muss sich den Vorwurf gefallen lassen, damit der rechtsextremen AfD in die Hände zu spielen, auch wenn er vielleicht nur sein eigenes, rechtskonservatives Milieu meint.

Wirklich etwas zu Ende bringen und ein konkretes Ergebnis liefern muss der Medienstaatsminister dabei gar nicht. Die latente Drohkulisse aus Dystopie, ordoliberalen Versprechungen und wolkigen Ideen genügt. Selbst wenn die nur recycelt sind.

(Der Text erschien zuerst am 17. August in der Rubrik Kurz & KNackig im Newsletter des Mediendienstes turi2.)

Wörter:	724
Ressort:	Politik
Kurztitel:	KNA260917-89-00240#1
Medienkanal:	ONLINE
Mediengattung:	Nachrichtenagentur
Medientyp:	AGENTUR

Ausgabe:

Einzelausgabe